



DIE STRASSE GEHÖRT UNS

Für unsere Versammlungsfreiheit!

München:

Samstag, 21. Juni 2008, 11 Uhr
Münchner Gewerkschaftshaus,
Schwanthalerstr. 64

Noch vor der Sommerpause will die bayerische Staatsregierung ein neues bayerisches Versammlungsgesetz beschließen. Der vorliegende Gesetzesentwurf sieht Regelungen vor, die das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit massiv – auch für alle Vereine und Verbände von der Feuerwehr über die kirchliche Jugend bis hin zur Gewerkschaftsjugend - einschränken könnten.

Deswegen rufen wir alle auf:

Verhindern wir gemeinsam dieses geplante Gesetz der bayerischen Staatsregierung!



Auszüge aus dem Gesetz:

Bereits **Anstecker, einheitliche Schilder und T-Shirts** oder Fahnen könnten nach willkürlicher Entscheidung der Polizei gegen das neu erfundene „**Militanzverbot**“ verstoßen und mit einer **Geldbuße bis zu 3000 Euro** belangt werden.

Versammlungsleiter und Ordner werden zum verlängerten Arm der Polizei gemacht. Sie können von Behörden und Polizei als „**ungeeignet**“ oder „**unzuverlässig**“ abgelehnt werden.

Zum **Verbot einer Versammlung** reicht es aus, wenn „**Rechte Dritter unzumutbar beeinträchtigt werden**“ z.B. von Verkehrsteilnehmern und Kaufleuten...

Der Polizei muss **Zutritt gewährt** und ein „**angemessener Platz**“ bei solchen Veranstaltungen eingeräumt werden – sonst sind bis zu **3000 Euro Bußgeld** zu zahlen. **Nur die Einsatzleitung** muss sich den Veranstaltern zu erkennen geben.

Selbst nichtöffentliche Versammlungen (z. B. Gruppentreffen, Zeltlager oder Streikversammlungen) können davon betroffen sein ...

Das ursprüngliche Ziel des Gesetzes war es, rechtsextremistische Versammlungen gezielter einzuschränken. Die geplante neue Gesetzesvorlage greift jedoch in das allgemeine, grundgesetzlich garantierte Recht auf Versammlungsfreiheit ein. Die Mehrheit der Bürger und Bürgerinnen soll es also in Zukunft schwieriger haben, ihrer Meinung öffentlich Nachdruck zu verleihen. Das betrifft auch das Streikrecht! Wir sind der Meinung: die bestehenden Gesetze zur Bekämpfung rechtsextremistischer Versammlungen reichen aus und müssen einfach angewendet werden.

Wir fordern: Keine Einschränkung unserer Grundrechte!

